

Argumente und Positionen

Energiewende: Kostenbremse und alternative Finanzierung

Die chemisch-pharmazeutische Industrie unterstützt das politische Ziel der Energiewende, die Energieversorgung klimaverträglich, sicher und bezahlbar zu gestalten, und leistet ihren Beitrag zur weiteren Treibhausgasreduktion. Kritisch sieht sie jedoch die Kostenentwicklung der Energiewende, besonders beim Strom: Trotz der Entlastungen für besonders energieintensive Betriebe zahlt die Chemie unter anderem derzeit mehr als 1,2 Milliarden Euro EEG-Umlage im Jahr – Tendenz steigend, da sich die Umlage insbesondere mit dem beschlossenen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und den im Energiesammelgesetz geplanten Sonderausschreibungen weiter erhöhen wird. Ferner bewirkt ein beschleunigter Kohleausstieg durch eine Verschiebung des preissetzenden Kraftwerktyps von Kohle- auf Gasverstromung höhere Börsenpreise. Die Kompensation dieses Kostenanstiegs ist für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Industrien unabdingbar.

Strom wird immer wichtiger

Die EEG-Umlage führt zu einer künstlichen Verteuerung des Stromverbrauchs. Außerdem steigt der Verbrauch durch die Digitalisierung der industriellen Prozesse. Auch für die sogenannte "Dekarbonisierung" der Chemie gewinnt erneuerbarer Strom an Bedeutung. Technologien, die weniger CO₂ ausstoßen, werden sich aber nur durchsetzen, wenn

langfristig wettbewerbsfähige Preise für den benötigten Strom garantiert sind. Für die Energieintensiven sind Entlastungen von der EEG-Umlage lebenswichtig. Diese werden aber immer wieder beihilferechtlich infrage gestellt.

Alternative Finanzierung gegen hohe Kosten

Unter solch unsicheren Planungsbedingungen werden nötige Investitionen ausbleiben. Planungssicherheit kann nur durch einen Systemwechsel erreicht werden: Die Kosten müssen insgesamt sinken und die Förderung künftiger Anlagen sollte nicht mehr über die EEG-Umlage auf Strom, sondern – als gesamtgesellschaftliche Aufgabe – aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Die Mittel dazu sind durch die im Koalitionsvertrag nicht eingeplanten Steuermehreinnahmen von zuletzt geschätzt über 50 Milliarden Euro vorhanden.

Es fehlen zudem wirksame Impulse zur Kostenbegrenzung beim Zubau und zur Marktintegration von erneuerbaren Energien. Auch die Netzentgelte und weitere Umlagen steigen: Dafür sorgen neben den Kosten für Netzausbau und -stabilisierung weitere Kostenblöcke wie Kapazitäts- und Braunkohlereserve, Redispatch-Maßnahmen und Abregelung von Erneuerbare-Energien-Anlagen aufgrund von Netzengpässen. Diese Entwicklung schwächt die Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Unternehmen, ohne dass damit ein zusätzlicher Nutzen für den Klimaschutz verbunden wäre.

DAFÜR SETZT SICH DER VCI EIN

■ Die Kosten der Energiewende sollten auf ein Minimum reduziert werden

Die weitere Förderung für erneuerbare Energien sollte so marktnah wie möglich ausfallen. Die von der Bundesregierung vorgeschlagene Einführung von fixen statt gleitenden Marktprämien im Rahmen der "Innovationsausschreibungen" ist ein erster guter Schritt. Die Ausschreibungen dienen als Test für mehr Wettbewerb sowie Netz- und Systemdienlichkeit. Zudem sind die Folgekosten für den Ausbau der Infrastruktur einzudämmen, indem der Ausbau der Erneuerbaren mit dem Netzausbau koordiniert und die Förderung von Erneuerbare-Energien-Anlagen in Zeiten negativer Strompreise ausgesetzt wird.

■ Die Förderung erneuerbarer Energien sollte anders finanziert werden

Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und braucht ein anderes Finanzierungssystem, um den Produktionsfaktor Strom zu entlasten und eine Wettbewerbsverzerrung für energieintensive Branchen zu verhindern. Neue Erneuerbare-Energien-Anlagen sollten nicht mehr über die EEG-Umlage, sondern durch den Bundeshaushalt und bestehende Anlagen weiterhin über den Umlagenmechanismus finanziert werden. So könnte die EEG-Umlage innerhalb von 20 Jahren auf 0 Cent fallen.

■ Netzentgelte effizient gestalten

Da die Netzentgelte zu einem immer größeren Kostenfaktor für die chemische Industrie werden, sollten sie so geregelt werden, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nicht darunter leidet. Die Netzentgeltstruktur sollte so gestaltet werden, dass sie Letztverbrauchern mit variablem Verbrauch ermöglicht, ihre Stromnachfrage flexibel zu halten. So könnten Unternehmen zur Integration der immer größeren Mengen an Strom aus regenerativen Quellen beitragen.